

Analyse

Lukas Hässig Der Wirtschaftsjournalist landete den bisherigen Schweizer Medien-Scoop des Jahres. Von *Thomas Knellwolf*

Er brachte Daniel Vasella um Ruf und Millionen

Da hat selbst Bär M13 keine Chance. Den grössten Scoop im noch jungen Schweizer Medienjahr 2013 landete - im Alleingang - ein Zürcher: Lukas Hässig (48), ein freier Journalist mit Spezialgebiet Banken, deckte letzten Freitag auf, dass dem Novartis-Chef Daniel Vasella der Abgang mit einer Millionenentschädigung versüsst wird.

Innert Wochenfrist erschienen darauf, so die «Schweizer Medien-datenbank», 671 Texte über Vasella. Heute an der Generalversammlung des Konzerns werden die 72 Millionen Franken, die nach einer Empörungswelle nun doch in der Novartis-Kasse bleiben, erneut ein Hauptthema sein.

Hässig wird nicht vor Ort sein. Der dreifache Familienvater weilt in den Skiferien in Zermatt. Aber auch sonst hätte es ihn kaum nach Basel verschlagen. Hässig schreibt über Geldgeschäfte, nicht über Medikamente.



Das Interesse zeichnete sich bereits ab, als er seine KV-Lehre bei der Schweizerischen Nationalbank und danach die Handelsschule in Winterthur absolvierte. Beim «Tages-Anzeiger», wo sein Vater als Korrektor arbeitete, wollte man den jungen Hässig dann nicht als Volontär. Roger Schawinski gab ihm bei Radio 24 eine Chance. Seit zwei Jahrzehnten schreibt Hässig nun für wechselnde Medien über Banken (derzeit in kleinem Pensum für «20 Minuten online»).

«Vasellas Geheimkonto bei Wegelin» lautete der Titel des Texts, der letzten Freitag um 7.58 Uhr mit dem Kürzel «lh» auf dem Onlineportal «Inside Paradeplatz» aufgeschaltet wurde. Hässig interessierte sich mehr für die Millionen, die laut ihm bei Konrad Hummlers Privatbank in St. Gallen parkiert wurden, als für Novartis-Interna oder für die Konsequenzen seiner Enthüllung.

Nicht allzu sehr dürfte es ihn freuen, dass er der Abzockerinitiative viel - vielleicht entscheidend - Unterstützung verschaffte. Ein Befürworter der Volksbegehrens scheint er nicht zu sein. Auf «Inside Paradeplatz» darf BDP-Präsident Martin Landolt prominent erklären, warum man die Initiative «jetzt bachab schicken» sollte.

«Inside Paradeplatz» ist eine One-Man-Show von Lukas Hässig mit Gastautoren. Die Texte handeln fast immer von internen Vorgängen in Schweizer Geldhäusern. Bankangestellte schätzen das Portal wegen Informationen über die Konkurrenz. Aber sie erfahren auch, so ein Banker, «was gerade in der Chefetage läuft». Zumindest die Bank Sarasin sieht es nicht so gern, wenn Mitarbeiter zu Hässig surfen. Sie liess das Portal Ende 2012 intern sperren, berichtete «Inside Paradeplatz» in eigener Sache. Hässig hatte nicht nur geschrieben, dass

Sarasin-Chef Joachim Strähle «entweder dumm oder genial» sei, sondern auch, dass er in den USA festgehalten und vernommen worden war.

Hässig teilt gerne aus, obwohl er weiss, wie es sich anfühlt, wenn der eigene Ruf angekratzt wird. PR-Berater Sacha Wigdorovits führt ihn auf einer Art schwarzen Liste von Journalisten, welche «die Fakten verdrehen». Hässig galt in der Branche lange als Thesenjournalist mit unterdurchschnittlicher Trefferquote. Ein Tiefpunkt in seiner Journalistenkarriere liegt sieben Jahre zurück, als er mehrfach falsche Bankfusionen ankündigte.

Aus jüngerer Zeit sind kaum mehr Fehlleistungen dokumentiert - ausser dass Hässig vor Wochenfrist schrieb, Vasella erhalte 75 Millionen innert fünf Jahren (korrekt: 72 Millionen in sechs Jahren). Doch bei einem solchen Scoop stört dies wohl niemanden. Vor der Novartis-GV, Seite 35

Besuch Shinzo Abe trifft Barack Obama. Das grosse Thema ist China. Von *Christoph Neidhart*

Japan sucht Rückhalt

Heute trifft Japans Premier Shinzo Abe - sein Antrittsbesuch - in Washington Barack Obama. Sicher werden sie die «gemeinsamen Werte» beschwören. Die USA meinen die Demokratie, eine offene Gesellschaft, den freien Markt, den Rechtsstaat. Japans Politiker grenzen so vor allem China aus.

Wichtigster Pfeiler der Allianz ist das Militärbündnis. Washington garantiert Japans Sicherheit mit Soldaten in Japan. Dieses trägt die Kosten der Stationierung. Allerdings sind die US-Truppen nicht nur zur Verteidigung Japans da; sie projizieren Washingtons militärische Macht auch aufs asiatische Festland.

Wie der japanische Botschafter in den USA erklärte, liess sich Abes Vorgänger Yoshihiko Noda die Nationalisierung der drei Senkaku-Inseln von Washington explizit billigen. Das führte zur Eskalation des Inselstreits mit China. Der japanische Gesandte in Peking warnte, kurz vor dem chinesischen Parteitag zerstöre Tokio damit die Beziehungen. Dafür wurde der Gesandte vom japanischen Aussenministerium gerügt und abberufen. Hat Washington die Senkaku-Krise sogar gezielt geschürt?

In Peking wird der «Schwenk nach Ostasien», wie Obama die Aufrüstung der US-Präsenz im Westpazifik nennt, als Versuch verstanden, China einzudämmen. Und auch in Tokio. Wenn Abe den Friedensparagrafen aus Japans Verfassung streichen will, dann auch, um als Juniorpartner den USA zur Seite stehen zu können. Die Senkaku-Krise hat dazu beigetragen, die Abneigung der Japaner gegen Militärisches zu dämpfen.

Südostasien blickt beunruhigt auf Chinas Machtdemonstrationen. Aber kein Land dieser Weltgegend will sich wirklich zwischen Peking und Washington entscheiden müssen. Bisher hat Washington nicht definiert, was der «Schwenk nach Ostasien» bezweckt und wie die künftigen Beziehungen zu China aussehen sollen.

Für Premier Abe scheint das bereits klar. Er möchte den Nachbarländern gegenüber im Streit über die japanische Geschichte und die jeweiligen Inseln hart bleiben, aber wirtschaftlich eng mit ihnen zusammenarbeiten. So, wie es sich das reiche Japan mit der Rückendeckung der Vereinigten Staaten einst im Kalten Krieg leisten konnte.



Im Spitzensport wie in der Wirtschaft fließen bei Transfers hohe Summen: Ein Spieler von Real Madrid. Foto: Javier Lizon (Keystone)

Abzockerinitiative Das Problem der Vorlage: Die hiesige Wirtschaft könnte kaum noch ausländische Spitzenkräfte holen. Von *Rolf Watter**

Wie Fussball ohne Transfers

Stellen Sie sich vor, Schweizer Fussballclubs hätten in den letzten Jahren erfolgreich in der Champions League gespielt, den Clubs ginge es finanziell gut, die Fans seien glücklich. Um die zu hohen Saläre einzelner Spitzenspieler besser kontrollieren zu können, verordne nun der Schweizer Fussballverband Verbote, Transfersummen zu zahlen und neuen Spielern Saläre verbindlich zu versprechen. Die Idee wäre, die Vergütungen jeweils im Frühling an einer Vereinsversammlung festzulegen, nachdem die Neueinkäufe gezeigt haben, was sie können.

Genau das will die Minder-Initiative - allerdings wird dieser Aspekt in der durch die Vasella-Vergütung angeheizten Diskussion kaum beachtet. Er betrifft auch Unternehmen, die sehr vernünftige Saläre zahlen.

Nun geht es Herrn Minder nicht um Fussballclubs, sondern um börsenkotierte Schweizer Firmen. Im Initiativtext kommen auch keine Transfersummen vor, sondern «Vergütungen im Voraus», die meist notwendig werden, wenn man eine Spitzenkraft anstellen will. Anders als im Fussball binden Unternehmen solche Leute nicht mit langfristigen Verträgen, sondern mit Aktien- und Optionsprogrammen; kündigt die

Person, gehen die ihr versprochenen Titel verloren.

In der Wirtschaftswelt sagt der neue Arbeitgeber seinem «Wunschspieler», er würde ihn bei einem Wechsel für seinen Verlust entschädigen - letztlich eine Transfersumme; sie geht zwar nicht an den alten Club, der spart aber eine Ausgabe. Und sie macht den «eingekauften» Spieler nicht reicher, aber verhindert, dass er ärmer wird; wer würde schon den «Club» wechseln, wenn er dabei nur Nachteile davortragen würde?

Die Initiative ist noch schlimmer: Der Schweizer Fussballclub wird seinem künftigen Star nicht nur sagen müssen: «Ich darf keine Transfersumme zahlen, sonst kommen wir ins Gefängnis.» Er muss ihm auch mitteilen, er könne ihm verbindlich gar kein neues Salär zusichern, denn dafür sei neu einzig die Vereinsversammlung zuständig; sie tage aber selten und könne logischerweise nicht befragt werden, solange die Transferverhandlungen vertraulich seien - und das müssen sie immer sein, im Fussball wie in der Unternehmenswelt.

Für in der Schweiz kotierte Unternehmen würde das nach Minder wie in dem Fussballbeispiel werden: Kommt ein Verwaltungsrat zum

Schluss, dass man zum Wohl des Unternehmens (auch seiner Angestellten) und der Aktionäre eine neue Spitzenkraft anstellen muss, darf er ihr nicht einmal einen Ersatz für den Verlust versprechen, den diese wegen des Wechsels hinnehmen müsste. Noch schlimmer: Er kann der Person verbindlich kein Salär zusichern.

Und obwohl die Initiative behauptet, sie wolle die Aktionärsdemokratie fördern, dürfen die Aktionäre ihrem Verwaltungsrat nach Verfassungstext (wenn er restriktiv umgesetzt wird) nicht einmal einen Spielraum einräumen, um verbindliche Spielerverträge abschliessen zu dürfen.

Bei Annahme der Initiative sind Schweizer Unternehmen vom Transfermarkt ausgeschlossen, wie das im Beispiel Schweizer Fussballclubs wären. Folge: ein Abstieg aus der Spitzenklasse. Bei den Fussballclubs ist es wenigstens so, dass sie schon heute nicht in der Champions League spielen. Die grossen Schweizer kotierten Unternehmen tun das. Wie lange noch? Der Niedergang wäre programmiert.

* Rolf Watter ist Titularprofessor für Wirtschaftsrecht an der Uni Zürich, Mitglied verschiedener Verwaltungsräte von Schweizer Unternehmen und Anwalt.

Chefbeamte Gescheiterte Amtsdirektoren kommen zu gut weg. Von *Fabian Renz*

Die kleinen Abzocker

Für Schweizer Chefbeamte ist dieser Februar der Monat der guten Nachrichten. Seit Mittwoch wissen sie: Auch nach einem selbst verschuldeten Sturz erfolgt die Landung daunenweich. Jürg Marti, Direktor des Bundesamts für Statistik, geriet wegen seiner Führung in die Kritik und verlor den Rückhalt im Team. Nun wird er «im gegenseitigen Einvernehmen» freigestellt - und zum Abschluss mit wohl gut 400 000 Franken beglückt. Bis August läuft der Arbeitsvertrag, dazu gibt es einen Jahreslohn als Abgangentschädigung. Alles geregelt gemäss Bundespersonalverordnung, betont der Arbeitgeber.

Auch die Personalie Adelheid Bürgi-Schmelz verspricht viel für die Berner Teppichetagen. Martis Vorgängerin im Statistikamt hatte den Bund 2008 vorübergehend verlassen. Zuvor liess sie sich aber die Wiedereinstellung garantieren. Da bei ihrer Rückkehr kein Posten frei war, schuf man ihr kurzerhand einen neuen als «Wirtschaftsberaterin». Dieser freilich war mit «nur» gut 200 000 Franken dotiert, rund zwei Dritteln des alten Direktorslohns. Bürgi-Schmelz zog dagegen vor Gericht und erhielt recht, wie diesen Monat bekannt wurde.

Man muss nicht gleich die «geschützte Werkstatt» aus der Klischeekiste hervorkramen. Doch diese Vorkommnisse sind nicht die ersten ihrer Art, und ärgerlicherweise hat es das Parlament bei der letztjährigen Revision des Bundespersonalgesetzes versäumt, Missstände zu korrigieren. So lag zum Beispiel ein Antrag vor, die Lohnfortzahlung für freigestellte Chefs in die Abgangentschädigung mit einzurechnen. Der Vorschlag wurde abgelehnt - ein Fall wie jener von Marti wird damit weiterhin möglich bleiben.

Die gesamten Lohn- und Abgangskonditionen der Verwaltung zeugen in ihrer Starre vom Bemühen, ein «attraktiver Arbeitgeber» für Topkader zu sein. Der Bundesrat sollte aber seine Spielräume nutzen und auf Verordnungsstufe schädliche Automatismen beseitigen. Muss ein Amtschef wegen fachlicher Defizite gehen, ist ein Jahreslohn als Entschädigung zu viel. Knebelverträge wie jener von Bürgi-Schmelz sind gegenüber den Steuerzahlern ebenfalls schwerlich zu verantworten. Der Bundesrat macht sich in der laufenden Abzockerdebatte so jedenfalls nicht glaubwürdiger.